

Niederschrift
über die 25. Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg
am 06.04.2017

Tagungsort: Sitzungssaal des Bürgerzentrums "Amt Dornberg",
Wertherstraße 436

Beginn: 17:00 Uhr
Sitzungsunter-
brechung: 18:00 Uhr – 18:07 Uhr
Sitzungspause: 19:10 Uhr – 19:16 Uhr
Ende: 20:30 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Frau Viehmeister Bezirksbürgermeisterin

CDU

Herr Berenbrinker Stellv. Bezirksbürgermeister

Frau Hülsmann-Pröbsting

Herr Kleinesdar Fraktionsvorsitzender

Herr Paus

SPD

Herr Gieselmann Fraktionsvorsitzender

Herr Sensenschmidt

Frau Zier

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Haemisch

Herr John Fraktionsvorsitzender

Herr Steinkühler

BfB

Herr Huber

Die Linke

Herr Vollmer

Nicht anwesend:

Herr Graeser, CDU

Herr Ettrich, FDP

Gäste:

Herr Fritz Planungsbüro Drees & Huesmann

Herr Lompa Planungsbüro Drees & Huesmann

Verwaltung:

Herr Groß Bauamt

Frau Mittmann Bauamt

Frau Wehausen
Herr Imkamp

Bürgeramt
Büro des Rates (Schriftführung)

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Frau Bezirksbürgermeisterin Viehmeister begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung zur 25. Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg am 06.04.2017 sowie deren Beschlussfähigkeit fest. Im Anschluss gratuliert sie Herrn Kleinesdar nachträglich zu seinem Geburtstag und wünscht ihm alles Gute für das kommende Lebensjahr.

Sie informiert, dass die ursprünglich für den nichtöffentlichen Teil der Sitzung vorgesehene Beratung zur Verwaltungsvorlage „Ortsteilentwicklung Babenhausen / Dornberg – Sachstand, Bericht und weiteres Vorgehen“ nun öffentlich unter Tagesordnungspunkt 12.1 erfolgen soll.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird unter TOP 12 „Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen – Bericht der Verwaltung zum Sachstand“ um folgenden Punkt erweitert:

TOP 12.1 Ortsteilentwicklung Babenhausen / Dornberg – Sachstand, Bericht und weiteres Vorgehen

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Dornberg

Zu Punkt 1.1 Antworten zu Einwohnerfragen aus vorangegangenen Sitzungen

Frage von Herrn Twistel, Auf dem Kley 3, 33619 Bielefeld in der Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg am 26.01.2017:

Ist es der Bezirksvertretung bekannt, dass auf der Wertherstraße zwischen den Einmündungen zur Babenhauser Straße und zur Zittauer Straße nicht unerhebliche Bodenwellen die Fahrt mit dem PKW beeinträchtigen? Falls ja, welche Maßnahmen sind veranlasst worden?

Herr Imkamp berichtet, dass die Abteilung Verkehrswegebau im Nachgang einer ersten Ortsbegehung entschieden habe, den Streckenabschnitt demnächst einer intensiven Prüfung zu unterziehen. Dann werde untersucht, ob die aufgezeigten Straßenschäden

möglicherweise im Zusammenhang mit vorlaufenden Tiefbauarbeiten (Kanal etc.) entstanden seien. Als Sanierung komme dann eine punktuelle Grundbruchsanieuerung in Frage mit anschließender flächenhafter Deckschichtenerneuerung. Das endgültige Sanierungskonzept setze jedoch noch vorlaufende Baugrunduntersuchungen voraus. Auch wenn aus Verkehrssicherungsgründen aktuell kein dringender Handlungsbedarf bestünde, plane man die Umsetzung erster Instandsetzungsmaßnahmen bis Ende des Jahres 2017.

Frage von Herrn Fischer, Ruschfeldweg 26, 33619 Bielefeld in der Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg am 26.01.2017:

Kann durch eine gezielte Einschränkung des Parkraums (Parkverbote) in der Mönkebergstraße evtl. wieder mehr Sicherheit geschaffen werden? Für welche Anwohnerzahl wurde die Straße seinerzeit projektiert?

Von Herrn Imkamp wird die Stellungnahme des Amtes für Verkehr verlesen:

Die Straßenverkehrsbehörde der Stadt Bielefeld hat im Rahmen eines Ortstermins zusammen mit dem Straßenbaulastträger und der Polizei die Situation in der Mönkebergstraße untersucht. Übereinstimmend wurde festgestellt, dass sich der Parkdruck dort noch in Grenzen hält. Die versetzt parkenden Kfz verhindern gleichzeitig das zu schnelle Fahren in der Straße. Es handelt sich um eine Tempo 30-Zone. Wenn dort passend gefahren wird, sollte jeder Verkehrsteilnehmer sicher hindurchfahren können. Die Mönkebergstraße hat viele Zufahrten und Einmündungen. Hier kann im Zweifel gewartet werden, um Begegnungsverkehr durchzulassen. Einige Haltverbote wurden bereits für den Begegnungsverkehr eingerichtet. In einem Bereich der Straße gibt es versetzte Parkstreifen. Besonders im Ruschfeldweg waren nur sehr wenige am Fahrbahnrand haltende PKW zu sehen.

Die polizeiliche Unfallstatistik im Ruschfeldweg ist vollkommen unauffällig. In den letzten drei Jahren konnten dort keine Unfälle festgestellt werden. In der Mönkebergstraße gab es in 2014-2016 elf Bagatellunfälle (3x durch Fehler beim Wenden oder Rückwärtsfahren, 2x durch Fehler beim Einfahren i. d. fließenden Verkehr, 1x wegen nicht angepasster Geschwindigkeit und 2x wegen Nichtbeachten von rechts vor links und 3x wegen anderer Fehler). Diese Unfälle lassen jedoch noch nicht auf einen zwingenden Handlungsbedarf schließen, da die Straße lang ist und die Unfälle alle an unterschiedlichen Stellen passiert sind.

Im Übrigen kann es durchaus passieren, dass Straßen durch ein verändertes Verhalten ihrer Bewohner oder durch weiteren Verkauf von Grundstücken (z. B. Hinterlandbebauung) durch mehr Kraftfahrzeuge (fließender als auch ruhender Verkehr) als zu Zeiten der ursprünglichen Entstehung der Straße belastet werden. Dies lässt sich leider nicht vermeiden.

In den Straßen wird aktuell keine zwingende Notwendigkeit gesehen, weitere verkehrsbehördliche Regelungen vorzunehmen. Beschwerden gegen zu schnelles Fahren können an die Polizei gemeldet werden, Falschparker an den Verkehrsüberwachungsdienst des Ordnungsamtes.

-.-

Zu Punkt 1.2 Entwicklung im Ortskern von Kirchdornberg

Frau Horstkotte-Baaske, Katzenstraße 16, 33619 Bielefeld nimmt Bezug auf die mediale Berichterstattung zur kürzlich gefällten Platane in Kirchdornberg und fragt als Vertreterin der „Interessengemeinschaft Dorferhalt Kirchdornberg“, welches Bauvorhaben nun an gleicher Stelle errichtet werden würde. Auch möchte sie wissen, inwiefern die Bezirksvertretung über die aktuellen Entwicklungen in Kenntnis gesetzt sei. Sie trage große Bedenken, dass der Dorfcharakter durch architektonische Experimente langfristig verloren gehen könnte.

Ein weiterer Anwohner der Katzenstraße fragt in diesem Zusammenhang, ob man im Dorfkern eventuell einen öffentlichen Platz mit Aufenthaltsqualität gestalten könnte. Er denke dabei an ein Boule- oder Schach-Spiel, beispielsweise in der Nähe des DRK-Heims.

Frau Viehmeister antwortet, dass man sich in der Bezirksvertretung demnächst sehr intensiv mit der Erhaltungssatzung für Kirchdornberg auseinandersetzen werde. Auch das in Rede stehende Bauvorhaben am Standort der gefällten Platane werde man sich genauestens von der Verwaltung vorstellen lassen. Für einen neuen „Ort der Begegnung“ im Dorfkern müssten auch die entsprechenden städtischen Flächen vorhanden sein; hier sollte die Verwaltung eine fachkundige Einschätzung abgeben.

-.-

Zu Punkt 1.3 Beratung der Verwaltungsvorlage zum Ortsteilentwicklungskonzept Babenhausen

Herr Pollpeter, Großdornberger Straße 61, 33619 Bielefeld fragt, warum die Verwaltungsvorlage zum Ortsteilentwicklungskonzept Babenhausen erst so kurzfristig veröffentlicht worden sei. Es gebe bekanntlich eine Vielzahl von Menschen, die trotz großen Interesses somit nicht die Chance bekommen hätten, den heutigen Beratungen beizuwohnen.

Frau Viehmeister erläutert, dass die zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bauamtes bis zuletzt an der Erstellung der Vorlage gearbeitet hätten, um die sogenannte Beratungsfolge der politischen Gremien einhalten zu können. Die Bezirksvertretung nehme die Vorlage heute nur zur Kenntnis, Beschlüsse würden in den Fachausschüssen gefasst werden. Sie betont, dass es sich bei dem Konzept lediglich um eine Zusammenfassung der Ergebnisse der letzten Monate handeln würde – daher sei in der heutigen Sitzung auch keine Berichterstattung der Verwaltung geplant. Die Zustimmung der Ausschüsse sei erforderlich, um möglichst noch vor der Sommerpause mit einem öffentlichen Bürgerdialog beginnen zu können.

-.-

Zu Punkt 2 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 23. Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg am 09.03.2017**

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 23. Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg am 09.03.2017 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- bei zwei Enthaltungen einstimmig beschlossen -

-.-

Zu Punkt 3 **Mitteilungen**

Ortstermin im Baugebiet Hollensiek

Frau Viehmeister berichtet, dass sie sich mit Anliegern und Vertretern der Verwaltung zu einer Begehung des Neubaugebietes getroffen habe. Dabei seien einige Mängel aufgefallen, die sich auf ungesicherte Gefahrenstellen, stark verschmutzte Fahrbahnen und den generellen Baustellenverkehr bezogen hätten. Ihr sei dann im Nachgang zugesagt worden, dass die Straßen einer entsprechenden Säuberung unterzogen und die Gefahrenstellen kurzfristig beseitigt werden würden. Auch habe sie die Polizei auf den viel zu schnell fahrenden Baustellenverkehr und die Parkverstöße aufmerksam gemacht.

In den Sommerferien sei dann eine befristete Vollsperrung der Babenhauser Straße erforderlich, um die Einmündung zur Straße „Neues Feld“ ausbauen zu können.

-.-

Zu Punkt 4 **Anfragen**

Zu Punkt 4.1 **Verkehrssicherung Radweg "Schröttinghauser Straße" (Anfrage der CDU-Fraktion vom 27.03.2017)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4602/2014-2020

Anfrage:

Wann werden die Schäden am Radweg „Schröttinghauser Straße“ im Ortseingangsbereich Schröttinghausen beseitigt, die durch Baumwurzeln entstanden sind?

Herr Imkamp berichtet, dass sich der besagte Streckenabschnitt mit dem dazugehörigen Radweg in der Zuständigkeit des Landesbetriebes Straßen.NRW befinde. In der kurzen Zeit sei von dort noch keine

Stellungnahme möglich gewesen. Die Antwort werde man zur nächsten Sitzung nachreichen.

- vertagt -

Zu Punkt 5

Anträge

Zu Punkt 5.1

Aktualisierung und Konkretisierung der Erhaltungs-/Gestaltungssatzung für Kirchdornberg (Antrag von Herrn Vollmer [Die Linke] vom 09.03.2017)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4503/2014-2020

Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Erhaltungs-/Gestaltungssatzung für Kirchdornberg zu aktualisieren und konkretisieren.

Begründung:

Die aktuelle Satzung ist viel zu weit gefasst und wenig konkret. Lediglich in der Begründung stehen diverse Konkretisierungen, die aber keine bindende Wirkung haben. Außerdem gehört der Ortsbereich Kirchdornberg zu den ältesten Siedlungsgebieten im Raum Bielefeld. Deshalb sind archäologische Grabungen zwingend. Die Satzung enthält ebenfalls keine Festlegungen zum Verfahren.

Frau Viehmeister informiert, dass man sich bereits im Vorfeld der heutigen Sitzung darauf geeinigt hätte, die Überarbeitung der Satzung in Zusammenarbeit mit der Verwaltung in der Arbeitsgruppe Stadtteilentwicklung vorzunehmen.

Herr Vollmer ergänzt zu seinem Antrag, dass laut Erhaltungssatzung jede Art von Veränderung der Genehmigungspflicht unterstehen würde und somit auch die beklagte Fällung der Platane nicht hätte erfolgen dürfen.

Herr Berenbrinker berichtet in diesem Zusammenhang, dass nach seinem Kenntnisstand tatsächlich eine entsprechende Genehmigung ausgestellt worden sei, die in der Form nie hätte erteilt werden dürfen. Bereits in den Jahren 2004 bis 2006 habe man sich in der Bezirksvertretung ausgiebig mit der Thematik einer möglichen Fällung beschäftigt. Von der Verwaltung sei damals stets die Meinung vertreten worden, dass die Platane Ortsbildprägend und schützenswert sei. Seine Fraktion könne das jetzige Vorgehen nicht mehr nachvollziehen und beurteile die Fällung daher als unrechtmäßig. Man beantrage folgerichtig die Pflanzung eines Ersatzbaumes.

Herr John sieht in der Angelegenheit dringenden Klärungsbedarf und bittet darum, dass die zuständige Fachverwaltung in der nächsten Sitzung der Bezirksvertretung nichtöffentlich über die Hintergründe des Verfahrens

berichtet.

Abstimmung über den Antrag von Herrn Berenbrinker:

Die Bezirksvertretung Dornberg bittet die Verwaltung, dem Eigentümer des Grundstückes an der Ecke Kirchdornberger Straße/Am Petersberg aufzugeben, an der Stelle der gefällten Platane einen Ersatzbaum zu pflanzen, der in einigen Jahren wieder ortsbildprägend sein wird.

- einstimmig beschlossen -

Zum Antrag von Herrn Vollmer ergeht sodann folgender

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe Stadtteilentwicklung der Bezirksvertretung Dornberg die Erhaltungs-/Gestaltungssatzung für Kirchdornberg zu aktualisieren und konkretisieren.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 5.2

**Freischnitt der Beleuchtung an der Wertherstraße
(Antrag von Herrn Vollmer [Die Linke] vom 24.03.2017)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4603/2014-2020

Antrag:

Der Umweltbetrieb wird beauftragt, mit Straßen.NRW zu klären, wie mit dem Freischnitt der Straßenbeleuchtung an der Wertherstraße in Zukunft zu verfahren ist.

Begründung:

Zwischen Großdornberger Straße und Babenhauser Straße gibt es einen Fußweg parallel zur Wertherstraße. Dieser liegt in der Baulast der Stadt Bielefeld (nach Angabe von Straßen.NRW). Entlang der Wertherstraße steht eine Straßenbeleuchtung, die auch rudimentär den Gehweg beleuchtet. Allerdings werden in Kürze einige Lampen so in Bäumen eingewachsen sein, dass sie – auch die Straße – nicht mehr richtig ausleuchten. Dazu ist das Straßenbegleitgrün etwas unstrukturiert zurückgeschnitten worden, an einigen Stellen auf den Stock, an anderen Stellen überhaupt nicht. Daher wird die Chance vertan, wenigstens in Teilbereichen die Beleuchtung für den Weg mit zu nutzen.

Herr Vollmer begründet den Antrag und übt einhergehend Kritik an der Arbeitsweise des Landesbetriebes Straßen.NRW, was die ungenügende oder verzögerte Umsetzung von politischen Beschlüssen aus den Gremien der Stadt Bielefeld betreffe. Er hofft, dass dieser erneute Vorstoß nun den gewünschten Erfolg bringe.

Herr Steinkühler spricht sich dafür aus, bei den Prüfungen auch den Streckenabschnitt zwischen Zehlendorfer Damm und Großdornberger Straße zu berücksichtigen.

Herr Berenbrinker weist daraufhin, dass die unzureichende Ausleuchtung von Geh- und Radwegen auf Grund fehlender Unterhaltung des Straßenbegleitgrünes an mehreren Stellen im Stadtbezirk beobachtet werden könnte und bereits im Jahr 2010 ein vergleichbarer Antrag in der Bezirksvertretung beschlossen worden sei. Die Problematik bestünde aber auch in dem Umstand, dass besagte Wegeverbindungen nicht als Schulwege ausgewiesen seien und damit auch keine zwingende Notwendigkeit für eine verbesserte Beleuchtung gesehen werde. Es sei generell sinnvoll, die Prioritätenliste der Straßenbeleuchtung in Dornberg unter dem genannten Aspekt noch einmal zu prüfen.

Beschluss:

Der Umweltbetrieb wird beauftragt, mit Straßen.NRW zu klären, wie mit dem Freischnitt der Straßenbeleuchtung an der Wertherstraße in Zukunft zu verfahren ist.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6

Erst- und Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. II/G 15 Wohngebiet Fürfeld" für das Gebiet südöstlich der Großdornberger Straße und nördlich der Wertherstraße gemäß § 2 Abs. 1 BauGB

- Stadtbezirk Dornberg -

Entwurfsbeschluss

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4505/2014-2020

Frau Mittmann vom Bauamt führt aus, dass der Entwurf des Bebauungsplanes von der Bezirksvertretung Dornberg am 26.01.2017 in 1. Lesung behandelt worden sei, da man in einigen Punkten noch Abstimmungs- und Änderungsbedarf gesehen habe. Im Rahmen einer Arbeitsgruppensitzung seien diese Themen ausführlich beraten worden; die Ergebnisse würden sich in der neuen Beschlussvorlage entsprechend wiederfinden.

Sodann stellt Herr Fritz vom beauftragten Planungsbüro die in Rede stehenden Änderungen anhand einer PowerPoint-Präsentation vor

(Hinweis: Die Präsentation ist in digitaler Form der Niederschrift beigelegt).

Herr Berenbrinker spricht sich anschließend dafür aus, die Sitzung zu unterbrechen, um den anwesenden Besucherinnen und Besuchern die Möglichkeit für Fragen zur vorgestellten Planung zu geben.

-.-.-

*Die Sitzung wird in der Zeit von 18:00 Uhr bis 18:07 Uhr unterbrochen.
Frau Mittmann und Herr Fritz beantworten Fragen zum Inhalt der Planung.*

-.-.-

Nach Wiedereintritt in die Sitzung merkt Herr Steinkühler an, dass der auf die Großdornberger Straße mündende Grünzug sicherlich auch von Radfahrern genutzt werden könnte. Diese würden jedoch laut Gestaltungsplan beim Einbiegen in die Großdornberger Straße direkt auf einen Parkstreifen treffen. Das Sicherheitsrisiko sollte im Zuge der weiteren Planung behoben werden.

Herr Vollmer vertritt die Auffassung, dass im „Wohngebiet Fürfeld“ zweifellos die 25%-Regelung für die soziale Wohnraumförderung anzuwenden sei. Die Formulierungen in der Verwaltungsvorlage seien ihm diesbezüglich viel zu offen gehalten.

Frau Mittmann antwortet, dass die textlichen Festsetzungen auf jeden Fall eine Benennung der konkreten Flächen für den sozialen Wohnungsbau vorsehen würden. Damit sei auch die Option gegeben, die geförderten Wohneinheiten räumlich zu streuen und nicht einzelne Objekte separiert heranzuziehen. Den Investor werde man über den städtebaulichen Vertrag an diese Maßgabe binden können.

Herr John stimmt mit den Ausführungen Herrn Vollmers überein und sieht das Erfordernis, die zwingende Einhaltung der 25%-Regelung per Beschluss zu unterstreichen. Die Bezirksvertretung sei in der Pflicht, die Maßgabe bereits heute zu manifestieren und keine anderen Alternativen zuzulassen. Daher stelle er den Antrag, dass die Quote unabweislich zu berücksichtigen sei.

Abstimmung über den Antrag von Herrn John:

Die Bezirksvertretung Dornberg bestärkt die Maßgabe, dass mindestens 25% der vorgesehenen Wohneinheiten später mit Mitteln der sozialen Wohnraumförderung gefördert werden müssen.

Die Einhaltung und Sicherung der Quote soll wie geplant über einen städtebaulichen Vertrag mit dem Investor erfolgen.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

Herr Berenbrinker weist auf den problematischen Kreuzungsbereich Wertherstraße/Großdornberger Straße hin. Bevor sich das Verkehrsaufkommen mit der Entwicklung des Neubaugebietes noch weiter erhöhen würde, sollte man sich Gedanken machen, wie insbesondere die Situation für die Linksabbieger auf der Großdornberger Straße verbessert werden könnte. Bereits heute müsste man erhebliche Wartezeiten in Kauf nehmen, bevor man auf die Wertherstraße in Richtung Innenstadt einfahren könnte. Er beantrage dementsprechend, dass die Verwaltung der Stadt Bielefeld frühzeitig die Gespräche mit dem Landesbetrieb Straßen.NRW aufnehmen sollte, um zeitnah die Machbarkeit geeigneter Lösungsoptionen zu prüfen.

Abstimmung über den Antrag von Herrn Berenbrinker:

Die Verwaltung wird gebeten, parallel zum Bebauungsplanverfahren in Zusammenarbeit mit Straßen.NRW eine optimierte Lösung für den verkehrlich stark belasteten Knotenpunkt Wertherstraße/Großdornberger Straße zu entwickeln.

- einstimmig beschlossen -

Zur Beschlussvorlage der Verwaltung ergeht sodann folgender

Beschluss:

1. **Der Bebauungsplan Nr. II/G 15 „Wohngebiet Fürfeld“ für das Gebiet südöstlich der Großdornberger Straße und nördlich der Wertherstraße wird mit der Begründung als Entwurf beschlossen.**
2. **Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. II/G 15 „Wohngebiet Fürfeld“ ist mit der Begründung und den umweltbezogenen Stellungnahmen gemäß § 3 (2) Satz 1 Baugesetzbuch (BauGB) für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen. Ort und Dauer der Auslegung sowie Angaben dazu, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, sind gemäß § 3 (2) Satz 2 BauGB öffentlich bekannt zu machen.**
3. **Parallel zur Offenlegung sind gemäß §§ 4a (2), 4 (2) BauGB die Stellungnahmen der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange zum Entwurf einzuholen.**

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 7 **Information über das Bauprogramm 2017 - 2018**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4417/2014-2020

Ohne weitere Aussprache nimmt die Bezirksvertretung die geplanten bzw. begonnenen Baumaßnahmen im öffentlichen Straßenraum des Stadtbezirks Dornberg für die Jahre 2017 – 2018 zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 8 **Erfahrungsbericht zur Umsetzung von
Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen in der Bürgerberatung
zum 1. Januar 2016**

Beratungsgrundlagen:

Drucksache: 4417/2014-2020

Drucksache: 4629/2014-2020

Frau Wehausen vom Bürgeramt erläutert die Verwaltungsvorlage und erinnert, die Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen betreffend, an die Organisationshoheit des Oberbürgermeisters. Die Ergebnisse des Evaluationsberichtes hätten ihn nicht dazu veranlasst, die Änderung der Öffnungszeiten rückgängig zu machen.

Herr Berenbrinker kritisiert, dass die Verwaltung nicht die erforderlichen Rückschlüsse aus dem Erfahrungsbericht gezogen hätte. Weil die angestrebten Maßnahmen die Situation nur marginal verändern würden, stelle er den Antrag, dass alle zu dieser Thematik gefassten Beschlüsse der Bezirksvertretung Dornberg noch einmal bekräftigt und der Oberbürgermeister um entsprechende Ausführung gebeten werden sollte.

Herr Huber nimmt Bezug auf seinen Antrag:

„Ausweitung der Bürgersprechstunde in der Bürgerberatung Dornberg um einen zusätzlichen Nachmittag pro Woche.“ (Drucks. 4629/2014-2020)

Er stellt klar, dass dieser bereits inhaltsähnlich in der Sitzung am 27.10.2016 beschlossen worden sei und damit im Antrag von Herrn Berenbrinker aufgehen würde.

Frau Wehausen antwortet sodann auf verschiedene Fragen der Bezirksvertretungsmitglieder. Sie führt aus, dass eine elektronische Terminvergabe am Standort Dornberg eine Erledigung spontaner Anliegen aller Voraussicht nach ausschließen würde. Das parallele Angebot von Terminen und terminungebundenen Vorsprachen sei derzeit nur in der neuen Bürgerberatung in Mitte geplant. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter würden auch keine Überstunden leisten, wenn sie über die regelmäßigen Öffnungszeiten hinaus die Kundschaft bedienen. Dies

erfolge stets im Rahmen ihrer festgelegten Arbeitszeit. Die Anzahl der vermehrten Bürgerkontakte in Höhe von 11,4% könnte trotz eingesparter Stellenanteile im Gesamtbereich der Bürgerberatung kompensiert werden.

Die Mitglieder der Bezirksvertretung äußern sich in der folgenden Aussprache weiterhin sehr kritisch zu den veränderten Öffnungszeiten. Es wird Einvernehmen hergestellt, dass die Anträge von Herrn Berenbrinker und Herrn Huber als ein gemeinschaftlicher Antrag der Bezirksvertretung zusammengefasst und beschlossen werden.

Hierzu ergeht folgender

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Dornberg bekräftigt sämtliche Beschlüsse der vergangenen Monate zu den Auswirkungen der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen auf die Bürgerberatungsfiliale Dornberg.

In diesem Zusammenhang wird der Oberbürgermeister der Stadt Bielefeld dringend gebeten, den politischen Willen zu berücksichtigen und die beschlossenen Maßnahmen zur Verlängerung der Öffnungszeiten, zur zusätzlichen Nachmittagsöffnungszeit sowie zur Installation einer elektronischen Aufrufanlage umzusetzen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 9

**Festlegung von Pflegeleveln und Pflegeplänen im öffentlichen
G r ü n
Ergebnis der Projektgruppe „Pflegepläne“ der
Bezirksvertretung Dornberg**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4567/2014-2020

Frau Viehmeister berichtet, dass der Inhalt der Verwaltungsvorlage im Wesentlichen auf den Ergebnissen der projektbezogenen Arbeitsgruppe beruhe und dementsprechend eine fachliche Aussprache entbehrlich sei.

Herr Vollmer bittet noch um Aufklärung, ob das Straßenbegleitgrün entlang

der Wertherstraße zwischen Großdornberger Straße und Babenhauser Straße auch eine von der Stadt Bielefeld zu pflegende Anlage darstelle. Schließlich würde sich der parallel verlaufende Geh-/Radweg nach Aussage des Landesbetriebes Straßen.NRW auch in städtischer Zuständigkeit befinden.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Dornberg

- a) beschließt für die bezirklichen Anlagen die vorgelegten Pflegepläne nach dem flexiblen und integrativen Grünflächenkonzept „Bielefelder Modell“ und die damit verbundene Zuordnung der Pflege-Level für die Objektarten in Zuständigkeit der Bezirksvertretung Dornberg wie folgt (vgl. Anlage 1, Stand 31.03.2016 mit Aktualisierung zum 12.01.2017).

| Pflege-Level | Anzahl Objekte | Fläche in m ² | Aufwand in h/Jahr |
|--------------|----------------|--------------------------|-------------------|
| Level 1-Bi | 0 | 0 | 0 |
| Level 2-Bi | 33 | 70.739 | 4.547 |
| Level 3-Bi | 108 | 518.034 | 12.706 |
| Summe | 141 | 588.723 | 17.253 |

- b) empfiehlt für die überbezirklichen Anlagen den jeweilig zuständigen Fachausschüssen die Pflegepläne zu beschließen mit folgender Pflege-Level-Zuordnung (vgl. Anlage 2, Stand 31.03.2016 mit Aktualisierung zum 12.01.2017).

| Pflege-Level | Anzahl Objekte | Fläche in m ² | Aufwand in h/Jahr |
|--------------|----------------|--------------------------|-------------------|
| Level 1-Bi | 0 | 0 | 0 |
| Level 2-Bi | 0 | 0 | 0 |
| Level 3-Bi | 1 | 0 | 17 |
| Summe | 1 | 0 | 17 |

- c) empfiehlt den mit den Pflegeplänen verbundenen Aufwand, für die dargestellte Unterhaltung der Anlagen, als Grundlage für zukünftige Mittelzuweisung heranzuziehen.
- d) beschließt, das Guthaben von 55,80 Jahres-Arbeitsstunden, welches aufgrund der Veränderungen der Zuordnung der Pflege-Level der bezirklichen Anlagen ausgewiesen wurde, zukünftig für hinzuwachsenden Aufwand und/oder Sonderleistungen zu verwenden.

- einstimmig beschlossen -

Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil der Niederschrift.

Zu Punkt 10 Bezirkliche Sondermittel

Es gibt aktuell keine Vorschläge oder Anträge zur Verwendung der bezirklichen Sondermittel.

Zu Punkt 11 Berichte aus den Arbeitsgruppen

Arbeitsgruppe Kohlebergbau am 23.03.2017:

Frau Viehmeister informiert, dass man sich in der vergangenen Arbeitsgruppensitzung mit der Konkretisierung der Route für den geplanten „Bergbau-Erlebnispfad“ beschäftigt habe. Zudem sei das Finanzierungskonzept vorgestellt worden. Sie führt weiter aus, dass bereits erste Kontakte zu potenziellen Kooperationspartnern zwecks Werbung und Sponsoring geknüpft seien. Demnächst sei eine Begehung des Rundkurses mit Sichtung der vorhandenen Bergbau-Reliquien geplant. Vorher wolle sie aber noch das Gespräch mit den betroffenen Grundstückseigentümern suchen, um mögliche Konfliktpunkte auszuloten.

Zu Punkt 12 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Berichte der Verwaltung liegen nicht vor.

Zu Punkt 12.1 Ortsteilentwicklung Babenhausen / Dornberg -- Sachstand, Bericht und weiteres Vorgehen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4607/2014-2020

Frau Viehmeister dankt zunächst den beteiligten Verwaltungsstellen, dem Planungsbüro sowie den Mitgliedern der Bezirksvertretung für die hervorragende Zusammenarbeit in den vergangenen Monaten. Sie erklärt, dass in dem vorliegenden Konzept eine Vielzahl von Ideen, Fragestellungen und Szenarien für die Ortsteilentwicklung berücksichtigt

worden seien und man nun eine gelungene Basis für den bevorstehenden Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern anbieten könnte. Der Formalität sei es geschuldet, dass man diese Beschlussvorlage der Verwaltung heute lediglich zur Kenntnis nehme, bevor der Stadtentwicklungsausschuss sowie der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz die weiteren Planungen als städtebauliches Entwicklungskonzept beauftragen würden. Sie betont, dass die Angelegenheit als Entwurf verstanden werden müsste und man den Prozess im nächsten Schritt mit der öffentlichen Bürgerbeteiligung, deren Auftaktveranstaltung noch vor den Sommerferien geplant sei, fortführen möchte.

Für die CDU-Fraktion betonen Herr Paus und Herr Kleinesdar den hohen Stellenwert eines Gesamtkonzeptes. Es sei richtig gewesen, trotz öffentlich kolportierter Verfahrenskritik aus der Bevölkerung, an dieser Vorgehensweise festgehalten zu haben, um dem Stadtbezirk nun eine große Entwicklungschance geben zu können. Man fordere allerdings für die zukünftige Zusammenarbeit mit den Initiativen und der Bürgerschaft eine Abkehr von der Verbreitung unhaltbarer und teilweise diffamierender Äußerungen über die vermeintliche Untätigkeit der Kommunalpolitik. Nur eine vernünftige Gesprächsgrundlage würde auch zu guten Ergebnissen führen.

Herr John gibt zu verstehen, dass es seine Fraktion für außerordentlich wichtig halte, mit dem vorliegenden Konzept endlich öffentlich agieren zu können. Heute sei zwar nicht der Zeitpunkt für ausführliche Beratungen in der Bezirksvertretung, doch freue man sich auf die kommenden Dialoge und Diskussionen mit den Bürgerinnen und Bürgern. Er persönlich hätte sich gewünscht, dass das Konzept bereits vor einem halben Jahr den Weg in die Öffentlichkeit gefunden hätte.

Frau Hülsmann-Pröbsting äußert ihren Unmut über die Aussagen Herrn Johns zur vermeintlich späten Veröffentlichung. Schließlich habe man in der Bezirksvertretung vor einiger Zeit gemeinsam beschlossen, wie das Verfahren ablaufen sollte. Auch habe Einvernehmen bestanden, dass es zum Zeitpunkt des damaligen Planungsprozesses noch zu früh für eine entsprechende Öffentlichkeitsbeteiligung gewesen wäre.

Herr Steinkühler führt aus, dass man in der Arbeitsgruppe doch sehr ausführlich über die Thematik des weiteren Prozessverlauf beraten habe und dabei oft die Frage nach dem richtigen Zeitpunkt für die Veröffentlichung diskutiert worden sei. Von der Bauverwaltung sei man darauf hingewiesen worden, dass die Zuständigkeits-Rechte der Ausschüsse gewahrt werden müssten. Vor diesem Hintergrund sei es durchaus legitim, wenn einzelne Personen eine frühere Veröffentlichung bevorzugt hätten.

Von Herrn Giesemann wird betont, dass die SPD-Fraktion in den vergangenen Monaten weder Beeinflussung noch Bevormundung seitens der Verwaltung oder anderer politischer Gremien vernommen habe. Das Konzept sei stets frei und emotionslos behandelt worden. Das zuständige Planungsbüro habe die Anregungen der Bezirksvertretung sehr gut verarbeitet.

Die Bezirksvertretung Dornberg nimmt den Sachstand / den vorliegenden Bericht zur Ortsteilentwicklung Babenhausen / Dornberg - Anlass und Vorgehen, Phase 01 „Positionsbestimmung“ und Phase 02 „Zielfindung“ – zur Kenntnis.

-.-.-